

In der Diskussion über die Strukturprobleme in NRW und vor allem im Ruhrgebiet wird jüngst wieder behauptet, die Steinkohlepolitik hätte den regionalen Strukturwandel blockiert. So u.a. von Prof. Christoph Schmidt, derzeitiger Präsident des RWI (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung), in der Welt am Sonntag vom 1.5.2005: *„Ein verlässlicher Zeitpunkt zum Ausstieg aus der Kohle-Subvention hätte zum Wohl der Region (gemeint ist das Ruhrgebiet) viel früher festgelegt, der vollständige Ausstieg schon in den siebziger Jahren geplant werden müssen. Statt in Kohle wäre das Geld besser in Bildung, Forschung und Wissenstransfer investiert worden. Das hätte die Region nach vorne gebracht.“*

Auf das Motiv der These „Gib mir das Geld, ich kann es besser verwenden!“ kann man sich vielleicht einen Reim machen, doch es überrascht, dass solche Thesen heute ausgerechnet vom RWI vertreten werden. Dessen frühere wissenschaftliche Arbeit hatte längst nachgewiesen, dass der Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet seine strukturprägende Rolle spätestens seit den 1980er Jahren verloren hatte. Seither dominieren auch im Ruhrgebiet andere Wirtschaftszweige, vor allem Dienstleistungen. Diese haben zwar neue, aber aus vielfältigen Gründen bei weitem nicht so viele Arbeitsplätze geschaffen, wie zum Ausgleich notwendig gewesen wären. Aus regionaler Perspektive ist der Abbau der Steinkohlearbeitsplätze deshalb eher zu schnell erfolgt.

Das Märchen von dem durch die Steinkohle blockierten Strukturwandel

Wer angesichts der vorliegenden Statistik (vgl. Tabelle) von einer „Strukturerhaltung“ des Steinkohlenbergbaus spricht, liegt völlig falsch. Die Zahl der Bergwerke im Ruhrrevier ist von 1957 bis heute von 140 auf sieben zurückgegangen, die Zahl der Zechenkokereien von 58 auf eine. Dieser Strukturwandel *mit* der Kohle ist sozialverträglich erfolgt, d.h. ohne betriebsbedingte Kündigungen im Bergbau, dafür mit dessen aktivem Beitrag etwa zur Flächenentwicklung.

Tatsächlich wäre ein Absturz des Steinkohlenbergbaus in den 1970er Jahren für das Ruhrgebiet zur wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe geworden, denn er hätte regional konzentriert Massenentlassungen von hunderttausenden Beschäftigten der Bergbauunternehmen und ihrer Mantelwirtschaft bedeutet. Das Ruhrgebiet wäre auf einen Schlag deindustrialisiert worden. Die Ölkrisen der 1970er Jahre hätten ohne

den Versorgungsbeitrag der heimischen Steinkohle für ganz Deutschland dramatische Folgen gehabt. Aus guten Gründen hat eine solche Politik nie eine parlamentarische Mehrheit gefunden. Bisher haben alle Regierungen im Bund wie in NRW aus struktur- wie energiepolitischen Gründen einen lebensfähigen heimischen Steinkohlenbergbau erhalten wollen.

Auch die vermeintlichen Alternativen überzeugen nicht. Speziell an öffentlichen Bildungs- und FuE-Investitionen hat es seit den 1960er Jahren im Ruhrgebiet mit seiner heute breit ausgebauten Hochschullandschaft und seinem engen Forschungsnetzwerk nicht gefehlt.

Heute sind immer noch zehntausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen vom Steinkohlenbergbau abhängig. Von jedem Bergbau-Arbeitsplatz hängt nach wissenschaftlichen Un-

Steinkohlenförderung und Bergbaubeschäftigte im Ruhrrevier

Jahr	Steinkohlenförderung Ruhr (Mio. t vF)	Bergbaubeschäftigte Ruhr	Anteil Bergbaubeschäftigte an allen Arbeitnehmern
1957	123,2	496.000	~ 20 %
1970	91,1	202.000	9,2 %
1980	69,1	143.000	8,1 %
1990	54,6	99.000	5,8 %
2000	25,9	45.000	2,8 %
2004	17,8	32.000	2,0 %

tersuchungen allein im Ruhrgebiet mindestens ein weiterer Arbeitsplatz auf den Vorleistungsstufen ab. Hinzu kommt die besondere energie- und rohstoffpolitische Bedeutung der heimischen Steinkohle mit ihren großen Reserven insbesondere im Ruhrrevier für die Stromerzeugung und die Stahlproduktion am Standort Deutschland sowie die damit verknüpften Wertschöpfungsketten. Hier geht es um Versorgungssicherheit und insgesamt um ca. 500.000 Arbeitsplätze.

Eine volkswirtschaftliche Analyse der „Interdependenzen von Steinkohlenbergbau und Wirtschaftsstruktur im Ruhrrevier“ hat 1999 die Prognos AG, Basel/Berlin, in einer Studie im Auftrag der Zukunftsaktion Kohlegebiete (ZAK), geliefert.¹⁾ Zentrale Aussagen dieser Studie sind unverändert aktuell.

Prognos hatte die Auswirkungen der weiteren Anpassungen im deutschen Steinkohlenbergbau für die regionale Wirtschafts- und Beschäftigungssituation im Ruhrgebiet sowie die fiskalischen Folgen für die öffentlichen Haushalte anhand zweier Szenarien und darauf gestützter Modellrechnungen untersucht und durchgerechnet:

- Das „Gleitflug-Szenario“, das vom Status-quo-Fall der Entwicklung auf Basis der kohlepolitischen Vereinbarungen von 1997 bis zum Jahr 2005 und den dafür festgelegten, im Zeitablauf halbierten Kohlehilfen ausging und
- ein fiktives „Sturzflug-Szenario“, das die Beendigung der Kohlehilfen und damit eines lebenden Steinkohlenbergbaus zum Jahresende 1997 unterstellt hatte.

¹⁾ Prognos AG: Abschlussbericht der Untersuchung: Interdependenzen von Steinkohlenbergbau und Wirtschaftsstruktur im Ruhrrevier, Berlin/Basel 1999.

Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass bei Realisierung des Sturzflug-Szenarios für den Steinkohlenbergbau und dem dadurch bewirkten Strukturbruch im Ruhrgebiet die Arbeitslosigkeit in der Region sprunghaft angestiegen wäre (um durchschnittlich 5%-Punkte, lokal z.T. deutlich mehr) und dass infolgedessen per Saldo auch nicht mit einer Entlastung, sondern einer zusätzlichen Belastung der öffentlichen Kassen zu rechnen gewesen wäre und dies möglicherweise auf lange Zeit, jedenfalls über 2005 hinaus. Denn den hypothetisch eingesparten Absatzhilfen für deutsche Steinkohle (die dann auch nicht mehr zur Energie- und Rohstoff-sicherheit beitragen könnte) stünden neben erhöhten Stilllegungsaufwendungen und Altlasten Mindereinnahmen der öffentlichen Hände bei Steuern und Sozialbeiträgen sowie Mehrausgaben für Arbeitslosengeld etc. gegenüber. Im Zeitraum 1998-2005 hätte die Mehrbelastung der öffentlichen Hände durch einen „Sturzflug“ rd. 3,3 Mrd. € betragen.

Diese fiskalischen Folgekosten würden sich auch erst dann verringern können, wenn durch Wachstum und Strukturwandel genügend neue rentable Arbeitsplätze in anderen Bereichen entstanden sind. Das war und ist im Ruhrgebiet aber zumindest auf mittlere Sicht nicht zu erwarten. Frisches Geld für Subventionen in andere Bereiche ergibt sich aus der schnellstmöglichen Stilllegung des Steinkohlenbergbaus aufgrund der dann sofort und zwangsläufig bewirkten negativen ökonomischen Folgen gerade nicht. In einer Umwidmung von Kohlehilfen in die Förderung von Forschung und Zukunftstechnologien – welche auch immer das sein sollen – hat die Prognos-Studie deshalb ausdrücklich „keine Ersatzperspektive“ gesehen, denn eine solche Umwidmung ist aufgrund der zwangsläufig und sofort entstehenden Folgekosten ökonomisch gar nicht möglich.

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen ist in 2005 auch das EEFA-Institut gekommen, das im Fall eines verschärften Subventionsabbaus bei der Steinkohle, der betriebsbedingte Kündigungen und damit eine erhöhte Arbeitslosigkeit gerade im Ruhrgebiet erzwingen würde, höhere Belastungen auch für den Landeshaushalt NRW erwartet als bei der bislang vereinbarten sozialverträglichen Förderreduktion.

Negative Effekte betreffen indes nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern ebenso andere Branchen in der Region. Eine „verlässliche und glaubhafte Zukunftsperspektive“ für das Ruhrgebiet wäre nach Einschätzung von Prognos nämlich durch einen Sturzflug des Steinkohlenbergbaus auch in qualitativer Hinsicht nicht ermöglicht worden. Den rund um die Kohle entwickelten vielfältigen neuen Technologien und Dienstleistungen im Energie- oder Umweltsektor, viele davon mit globalen Perspektiven, so insbesondere der im Ruhrgebiet konzentrierten Bergbauzulieferindustrie würden Anpassungszeit sowie die Referenz- und Absatzbasis in der Region entzogen. Zusätzliche Arbeitslosigkeit und Beeinträchtigungen des sozialen Friedens würden das allgemeine Standortimage des Ruhrgebiets noch verschlechtern. Prognos kam deswegen zu dem Schluss: Eine bruchartige Entwicklung bei der Steinkohlenförderung würde den ohnehin problematischen Strukturwandel im Ruhrgebiet nicht fördern, sondern „... eher negativ beeinflussen.“ Diese prinzipiellen Zusammenhänge gelten unverändert auch heute.